

Laufendes Protokoll Nr.: 08	Protokoll vom: 14.09.2023 Ort: freiLand Potsdam, Friedrich Engels Str. 22, 14473 Potsdam Zeit: 18:00 – 20:30 Uhr			
Anlass: 08. Sitzung des Potsdamer Beteiligungsrates 2023				
<p>Anwesende:</p> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="244 443 671 790"><u>Bürger/innen:</u> Andrey Babeyko Dr. Reinhart Binder Freda von Heyden-Hendricks Dr. Antje Jordan Prof. Dr. Heinz Kleger Antje Knorr Kay Oberstädt Anke Samuelson Franziska Wilke</td> <td data-bbox="671 443 1050 510"><u>Verwaltung:</u> Nadine Neidel</td> <td data-bbox="1050 443 1394 510"><u>SVV:</u> Uwe Fröhlich</td> </tr> </table> <p><u>Gäste:</u> . <u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut) André Mazloumian, LHP, WerkStadt für Beteiligung (WfB) Thomas Geisler, mitMachen e. V., WerkStadt für Beteiligung (WfB)</p>		<u>Bürger/innen:</u> Andrey Babeyko Dr. Reinhart Binder Freda von Heyden-Hendricks Dr. Antje Jordan Prof. Dr. Heinz Kleger Antje Knorr Kay Oberstädt Anke Samuelson Franziska Wilke	<u>Verwaltung:</u> Nadine Neidel	<u>SVV:</u> Uwe Fröhlich
<u>Bürger/innen:</u> Andrey Babeyko Dr. Reinhart Binder Freda von Heyden-Hendricks Dr. Antje Jordan Prof. Dr. Heinz Kleger Antje Knorr Kay Oberstädt Anke Samuelson Franziska Wilke	<u>Verwaltung:</u> Nadine Neidel	<u>SVV:</u> Uwe Fröhlich		
<p>Abwesende (e = entschuldigt): Dr. Sabine Albrecht (e), Stefanie Buhr (e), Daniel Frieß (e), Nico Marquardt (e), Julius Stahlberg (e), Günter zur Nieden</p>				
<p>TOP</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüßung 2. Besprechung der überarbeiteten Stellungnahme zur Rolle von Beiräten in der Brandenburgischen Kommunalverfassung 3. Brief des Oberbürgermeisters an den BR 4. Austausch: Vorbereitung der Klausurtagung 5. Aktuelles – Bericht aus den AGs und von anderen Aktivitäten 6. Organisatorisches 				
<p>Anhänge</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Stellungnahme zur Rolle von Beiräten in der Brandenburgischen Kommunalverfassung b. Brief des Oberbürgermeisters an den BR c. Entwurf Ablauf Klausurtagung 				

1 Begrüßung; TOPs

Herr Bach eröffnet die Sitzung des Beteiligungsrates (BR), begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt die Tagesordnung vor, die von den anwesenden Mitgliedern angenommen wurde.

2 Besprechung der überarbeiteten Stellungnahme zur Rolle von Beiräten in der Brandenburgischen Kommunalverfassung

Frau Wilke hat die Stellungnahme zur Rolle von Beiräten in der Brandenburgischen Kommunalverfassung entsprechend den Anmerkungen aus der September-Sitzung angepasst und um die Pflicht zur Rückmeldung auf Stellungnahmen ergänzt (siehe Anhang). Die neue Fassung wurde im BR besprochen und zur Abstimmung gestellt.

Folgende Kommentare gab es zur überarbeiteten Stellungnahme:

- Die Stellungnahme enthält alles, was in der Kommunalverfassung geändert werden muss.
- Vorschlag: Es sollte in der Kommunalverfassung auch geregelt werden, dass die Mitglieder von Beiräten nach Ehrenamtszuschale vergütet werden. Das ist noch nicht bei allen Beiräten Brandenburgs der Fall.
 - Da dies in einem anderen Punkt der Kommunalverfassung geregelt und wahrscheinlich strittig ist, wird dieser Punkt nicht in die vorliegende Stellungnahme aufgenommen.
- Sollte nicht noch genauer beschrieben werden, wie die Rückmeldung auf eine Stellungnahme erfolgen soll?
 - Die schriftliche Form der Rückmeldung ist rechtsverbindlich. Darum wird dies in der Stellungnahme ergänzt: „[...] wonach die Gemeindevertretung verpflichtet wird, auf die Stellungnahme eines Beirats binnen vier Wochen **schriftlich** zu antworten.“

Die ergänzte Stellungnahme wird von den Mitgliedern des BR einstimmig angenommen.

Der BR dankt Frau Wilke für den Entwurf und die Überarbeitung der Stellungnahme.

Weiteres Vorgehen: Die Stellungnahme wird an Frau Schäffer geschickt, die sie in die dritte Lesung der Kommunalverfassung am 04. Oktober 2023 einbringen wird. Frau Wilke bittet Frau Schäffer um Rückmeldung, um zu erfahren, ob die Stellungnahme Eingang in die Kommunalverfassung gefunden hat.

3 Brief der Oberbürgermeisters an dem BR

Der Oberbürgermeister Mike Schubert hat sich in einem Brief an den BR gewandt, in dem er erläutert, dass derzeit über die Einführung von Bürgerräten in Potsdam nachgedacht wird. Er fragt an, ob der BR bereit wäre, hierfür eine fachliche Einschätzung und konkrete Empfehlungen zur Einführung anzugeben. Für die Erstellung der fachlichen Einschätzung kann auf die Expertise des RIFS (ehemals IASS) zurückgegriffen werden, zu dem der OBM bei Interesse den Kontakt herstellt. Bei der Erstellung der fachlichen Einschätzungen und der Empfehlungen könnte der BR zusätzlich durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt werden.

Die grundlegende Frage lautet, ob der BR Interesse hat, sich mit dem Thema zu beschäftigen und ob zur Bearbeitung eine entsprechende AG gebildet werden soll. Frau Arasin (Referentin Dialog- und Teilnehmungsformate des OBM) hat sich bereiterklärt, in den BR zu kommen, um Rückfragen zur Anfrage des OBM zu beantworten.

Herr Bach erläutert, dass Bürgerräte keine dauerhaften Gremien sind. Bürgerräte sind ein Beteiligungsverfahren, bei dem zeitlich begrenzt eine Gruppe von zufällig ausgewählten Bürger:innen sich zu einem Thema austauscht und Empfehlungen formuliert. Danach löst sich der Bürgerrat wieder auf.

Folgende Beiträge von Mitgliedern des BR gab es zu der Anfrage:

- Es ist erfreulich, dass diese Anfrage an den BR gestellt wurde.
- Grundsätzlich ist der BR in der Lage eine fachlich fundierte Stellungnahme zu Bürgerräten abzugeben.
- Es sollte geklärt werden, welche Rechte Bürgerräte haben sollen und wie verbindlich ihre Empfehlungen sein werden.
- Es werden aktuell in Potsdam zu viele Gremien geschaffen. Es wird langsam unübersichtlich.
- Der BR muss besser verstehen, was ein Bürgerrat ist: Wozu wird er inszeniert? Warum ist er da? Welche Rolle hat er? Welche rechtliche Funktion hat er? Was passiert mit den Ergebnissen? Zu diesen Fragen sollte es eine Veranstaltung im BR geben. Das wäre eine gute Grundlage, um auf die Frage des OBMs zu antworten.
- Der Brief ist eine Anfrage an den BR. Es ist etwas verwirrend, dass zu Beginn von einem Konzept für Bürgerräte die Rede ist und später die fachliche Einschätzung und Empfehlungen für deren Einführung angefragt werden. Ferner stellt sich die Frage, ob die Einführung von Bürgerräten bereits beschlossen oder noch offen ist. Daraus leitet sich die Frage ab: Was ist die Erwartung an den BR? Das wird aus dem Brief nicht deutlich und müsste mit Frau Arasin geklärt werden.
- Es ist wichtig zu klären, für welche Themen Bürgerräte eingesetzt werden sollen, um einschätzen zu können, ob sie das passende Werkzeug sind.

Der BR beschließt folgendes Vorgehen: Grundsätzlich will sich der BR mit dem Thema auseinandersetzen, will sich aber in einem ersten Schritt intensiver mit dem Verfahren Bürgerrat auseinandersetzen, um besser zu verstehen, was Bürgerräte sind. Danach soll es ein Treffen mit Frau Arasin geben, um weitere Informationen zum Anliegen des OBMs zu erhalten. Eine Festlegung auf genaue Termine möchte der BR zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht treffen. Eine Beratung durch das RIFS wird begrüßt.

Frau Wilke und Frau Jordan verfassen einen Brief an den OBM, in dem der BR für die Anfrage dankt. Herr Fröhlich und Herr Babeyko lesen den Brief gegen.

Herr Mazlounian wird gebeten, über Frau Arasin in Erfahrung zu bringen, ob es bereits einen Zeitplan für die Einführung von Bürgerräten gibt.

4 Vorbereitung der Klausurtagung

Herr Bach stellt zu Beginn dieses Tagesordnungspunkts den Entwurf für den Ablauf der Klausurtagung vor (siehe Anhang). Der Ablauf wird vom BR beschlossen.

Um besser zu verstehen, wie eine Veranstaltung zur Wahl der SVV aussehen kann, erläutert Thomas Geisler, wie die letzte Veranstaltung ablief: Es wurden Gäste verschiedener Parteien zu einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen und haben dort Fragen zum Thema Beteiligung beantwortet. Auf dem Podium saßen damals auch Mitglieder des BR und haben Fragen an die Politiker:innen gestellt.

Im Fall, dass sich nicht ausreichend Mitglieder anderer Beiräte bis zum 25.09. zur Teilnahme an der Klausur anmelden, kann das Thema Wirksamkeit innerhalb des BR besprochen. Herr Bach stellt dann einen alternativen Ablauf zur Abstimmung.

5 Aktuelles

5.1 Schlaatz 2030 – Neuigkeiten

Herr Fröhlich berichtet, dass die Waldorfschule den Wettbewerb nicht gewonnen hat und die damit zusammenhängende finanzielle Förderung für den kombinierten Bau von Schule und Stadtteilzentrum zur Stadtteilschule nicht erhalten wird. Die Gründe für die Ablehnung sind nicht klar. Der Stadtteiltrat hat sich mit diesem Umstand intensiver befasst und empfiehlt ein weiteres Werkstattverfahren, um die Brückenfunktion (Schule – Stadtteilzentrum) genauer zu beschreiben. Er empfiehlt darüber hinaus einen weiteren Anlauf zu nehmen, um andere Möglichkeiten der Förderungen auszuloten und zu beantragen. Andre Schwarz von der Landeshauptstadt Potsdam unterstützt dieses Vorgehen.

Es gibt nicht die Möglichkeit sich auf ein anderes Programm zu bewerben, da andere Programme nicht zu dem vorliegenden Förderbedarf und den Rahmenbedingungen (Förderdauer und Höhe) passen.

Herr Fröhlich leitet das Protokoll mit der Begründung der Ablehnung über Herrn Bach an die Mitglieder des BR weiter.

6 Organisatorisches

6.1 Treffen mit dem OBM

André Mazlounian wird gebeten, einen Termin mit dem OBM im ersten Quartal des Jahres 2024 zu vereinbaren, um allgemeine und strategische Linien der Beteiligung in Potsdam zu besprechen. Der Termin soll auf 1 bis 1,5 Stunden angelegt werden.

6.2 Eröffnung des PotsdamLabs am 14. Oktober

Am 14. Oktober findet ab 11 Uhr die Eröffnung des PotsdamLabs im Bildungsforum Potsdam (Am Kanal 47, 14467 Potsdam) statt. Die Mitglieder sind dazu herzlich eingeladen. Das PotsdamLab ist als Zentrum für Design Thinking und Wissenstransfer Teil des Smart City Projekts. Die Mitglieder des BR sind zu dieser Eröffnung herzlich eingeladen.

6.3 Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung findet am 26. Oktober 2023 statt.

6.4 Weitere Themen für kommende Sitzungen

- Informationen und Austausch zur Beteiligungsmethode Bürgerrat (Oktober 2023?)
- AG Smart City: Vorstellung der Umfrageergebnisse (August 2023?)
- Themensammlung für die Klausur 2023
- Ortsbeiräte: Treffen mit Frau Arasin und Prof. Franzke (Ende des Jahres 2023)

Anhang

Überarbeitete Stellungnahme zur Rolle von Beiratsmitgliedern in der Brandenburger Kommunalverfassung (Entwurf von Frau Wilke)



Beteiligungsrat Potsdam spricht sich für mehr Rechte der Beiräte und seiner Beiratsmitglieder in der Kommunalverfassung aus

In Brandenburg obliegt es der jeweiligen Gemeinde zu entscheiden, ob sie Beiräte einrichten wollen. Das regelt die Brandenburger Kommunalverfassung in § 19 KomVerf. Damit ist die Existenz der Beiräte kommunalverfassungsrechtlich gesichert, was der Beteiligungsrat Potsdam ausdrücklich begrüßt.

In § 19 Abs. 3 S. 1 KomVerf sieht die Kommunalverfassung ein aktives Teilhaberecht des gesamten Beirats vor. Denn den Beiräten ist – wenn sie bestehen – die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit die Gemeindevertretung sich mit Themen befasst, die den Aufgabenbereich des Beirats betreffen. Das ist aus Sicht des Beteiligungsrats Potsdam konsequent. So obliegt es der Entscheidungsfreiheit der Gemeinde im Rahmen ihrer Selbstverwaltung Beiräte einzurichten oder nicht. Entscheidet sie sich dafür, Beiräte zu schaffen, dann muss diesen Beiräten auch ein Handlungsspielraum eingeräumt werden.

Das aktive Teilhaberecht der Beiräte bildet damit die Grundlage für die Beteiligung. Nimmt ein Beirat zu einem Thema Stellung, ist jedoch offen, wie es weiter gehen wird. Leider bleiben Stellungnahmen oft unbeantwortet und die Wirksamkeit der ehrenamtlichen Arbeit ist somit in Frage gestellt. Daher wünscht sich der Beteiligungsrat die Verpflichtung zur verbindlichen Rückmeldung auf die Stellungnahme. Der bisherige § 19 Abs. 3 KVerf sollte daher um einen neuen Satz 2 ergänzt werden, wonach die Gemeindevertretung verpflichtet wird, auf die Stellungnahme eines Beirats binnen 4 Wochen schriftlich zu antworten.

Aus Sicht des Beteiligungsrats sollte zudem der Status des einzelnen Mitglieds ebenfalls kommunalverfassungsrechtlich gesichert werden. Dadurch wäre auch das einzelne Beiratsmitglied direkt von der Kommunalverfassung angesprochen. So kann in Fortführung des aktiven Teilhaberechts des gesamten Beirats nach § 19 Abs. 3 S. 1 KomVerf auch die Teilhabe des einzelnen Mitglieds im Beirat geregelt, gesichert und gestärkt werden. Inhalt der Regelung wäre die rechtlich gesicherte Teilnahmemöglichkeit des Mitglieds am Beirat selbst, z.B. in ähnlicher Weise wie das aktive Teilhaberecht eines/r Gemeindevertreters/in nach § 30 Abs. 3 S. 1 KVerf.

Im Namen des Beteiligungsrats

Dr. Antje Jordan, Daniel Frieß und Franziska Wilke
Sprecher:innen-Team Beteiligungsrat Potsdam

Potsdam, den 14.09.2023

Brief des Oberbürgermeisters Mike Schubert



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Ihre Antwort an Landeshauptstadt Potsdam

An die Mitglieder des Beteiligungsrates

Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Auskunft erteilt Büro des Oberbürgermeisters
Telefon 0331 289-1001
Telefax 0331 289-
Dienstgebäude Stadthaus
Zimmer
E-Mail oberbuergemeister@rathaus.potsdam.de
Aktenzeichen
Datum 12.02.2023

Konzept für Bürgerräte in der Landeshauptstadt Potsdam

Sehr geehrte Mitglieder des Beteiligungsrates,

Ich danke Ihnen für Ihre intensive Arbeit der letzten Jahre und die stetige Unterstützung die Ihr Gremium der Stadtverwaltung bietet. Wie Sie wissen, steht die repräsentative Demokratie unter erheblichem Druck. Krieg, Inflation, Pandemie und Klimakrise haben dafür gesorgt, dass viele Menschen unzufrieden sind und Vertrauen in die Demokratie verloren gegangen ist. Die Komplexität der Probleme nimmt stetig zu, gleichzeitig nimmt die Akzeptanz der erarbeiteten Lösungen ab. Wir befinden uns somit in einer Lage, in der die Problemlösungsfähigkeit sowie die Legitimität der repräsentativ-demokratischen Entscheidungen an Vertrauen verloren hat. Zusätzlich zeigen die Krisen der letzten Jahre, dass wir eine resiliente Gesellschaft und starke Demokratie brauchen, um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.

Studien zeigen jedoch auch, dass die Zustimmung zu direkter Demokratie hoch ist und insbesondere Bürgerbeteiligung das Vertrauen stärkt. Ein Baustein zu mehr Vertrauen ist die Intensivierung und Belebung der Beteiligung, gewissermaßen eine Verbreiterung der Demokratie. Daher arbeite ich innerhalb der Verwaltung daran, die Beteiligungsprozesse zu bündeln und klarere Strukturen zu schaffen, Hürden für Beteiligung abzubauen und Beteiligung zu stärken. Zusätzlich soll mehr Bürgerbeteiligung möglich werden und hierfür brauche ich Ihre Unterstützung.

Um gezielte Bürgerbeteiligung zu erreichen kann ein Baustein, die Einführung von Bürgerräten für Potsdam sein. Daher möchte ich Sie bitten mir eine fachliche Einschätzung und konkrete Empfehlungen zur Einführung von Bürgerräten, in der Landeshauptstadt Potsdam zu geben. Deshalb bitte ich Sie, mit der Unterstützung der Werkstatt für Beteiligung, ein zwischen Ihnen abgestimmtes Papier zu erarbeiten. Hierfür möchte ich Ihnen als weitere Unterstützung gerne den Kontakt zu den Wissenschaftler:innen des RIFS vermitteln, welche sich von wissenschaftlicher Seite aus intensiv mit Bürgerbeteiligung und explizit mit Bürgerräten auseinandergesetzt haben. Bitte lassen Sie mich wissen, ob Sie diese Art der Unterstützung wünschen, dann können wir die Wissenschaftler:innen des RIFS bitten zu Ihnen in den Beteiligungsrat zu kommen um Sie zu dem Thema zu beraten.

Das von Ihnen erarbeitete Papier möchte ich nutzen, um mit den Stadtverordneten und der Potsdamer Stadtgesellschaft sowie den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung in einen



Telefon: 0331 289-0
Telefax: 0331 289-1155
E-Mail:
poststelle@rathaus.potsdam.de

Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Landeshauptstadt Potsdam
Stadtkasse
IBAN: DE65 1605 0000 3502 2215 36
BIC: WELADED1PMB



Landeshauptstadt
Potsdam

Austausch zur Einführung von Bürgerräten zu treten. Als Ergebnis erhoffe ich mir einen offenen Dialog über die Vor- und Nachteile von Bürgerräten in Potsdam.

Außerdem möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie für den 14.10.2023 ab 11:00 Uhr zur Eröffnung des neuen PotsdamLabs – ein Smart-City-Projekt in Zusammenarbeit mit dem ProWissen Potsdam e.V. – einzuladen. Mit dem PotsdamLab schaffen wir einen zentralen Ort für Design Thinking und Wissenstransfer im Herzen unserer Stadt. Das Lab wurde geschaffen, um Bürgerbeteiligung in Zeiten der Digitalisierung neu zu denken und einen Raum zu schaffen in dem Netzwerke entstehen. Ich freue mich darauf Sie dort begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Mike Schubert
Oberbürgermeister

Entwurf des Ablaufs der Klausurtagung am 07. Oktober 2023

Zeit	TOP
10.00 (20 min)	Begrüßung, TOPs <ul style="list-style-type: none"> • Begrüßung und Einstimmung in den Tag • Check-in: Blitzlicht – Mit welchen Erwartungen bin ich gekommen? alternativ: Kartenabfrage bei Ankunft und kurze Vorstellung durch Moderation • Aufstellung: Abfrage zu Inhalten • Einführung in den Ablauf und die Methoden
10.20 (70 min)	Austausch mit den Vertreter:innen anderer Potsdamer Beiräte zum Thema Wirksamkeit – aktuelle Situation <ul style="list-style-type: none"> • Vorstellungsrunde: Der BR und die Vertreter:innen der anderen Beiräte stellen sich vor (30 min) • Vertreter*innen BR: Kurze Erläuterung, warum der BR die anderen Beiräte zum Austausch eingeladen hat (10 min) • Kleingruppen Runde 1 (30 min): <ul style="list-style-type: none"> ○ Wie steht es um die Wirksamkeit von Beiratsarbeit? ○ Woran machen wir Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit fest? ○ Welche Erfahrungen haben Sie hierzu gemacht? ○ Was läuft gut? Was nicht?
11.30	<i>Pause (20 min)</i>
11.50 (70 min)	Austausch mit den Vertreter:innen anderer Potsdamer Beiräte zum Thema Wirksamkeit – Blick nach vorne <ul style="list-style-type: none"> • Kleingruppen Runde 2 (40 min): <ul style="list-style-type: none"> ○ Was könnte verändert werden? ○ Welche Perspektiven für Veränderungen bieten die Kommunalwahl (2024) und die nächste Wahl des:der Oberbürgermeister:in (2026)? ○ Wie könnten sich Beiräte untereinander unterstützen? • Vorstellung der Ergebnisse aus den Gruppen im Plenum und Festlegung des weiteren Vorgehens (30 min)
13.00	<i>Mittagspause (60 min)</i>
14.00 (115 min)	Veranstaltung zur Wahl in Potsdam – Bestimmung möglicher Inhalte <p>Vor dem Hintergrund der Gespräche vom Vormittag: Welche Themen sollten auf einer Veranstaltung zur Wahl in Potsdam angesprochen werden? Was sollte die Veranstaltung unbedingt enthalten?</p> <p>Einführung durch die WfB: Wie lief die letzte Veranstaltung zur Wahl ab. (5 min)</p> <p>Open Space:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Themensammlung (10 min) • Gruppenarbeit 1 (35 min) • Offene Pause / Wechsel der Gruppen (10 min) • Gruppenarbeit 2 (35 min) • Vorstellung der Ergebnisse aus den Gruppen (20 min)
15.50 (20 min)	Themen für das Treffen mit dem OBM <p>Welche Themen sollten beim Treffen mit dem OBM besprochen werden?</p> <p>Sammlung von Themen im Plenum durch Moderation auf Flipchart</p> <p>Verabredungen und Klärung des weiteren Vorgehens</p>
16.15 (15 min)	Checkout und Verabschiedung <p>Blitzlicht und Verabschiedung</p>
Ca. 16.30	Ende der Klausurtagung